

Stand: 24.06.2026 13:17:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4478

"Verbesserung der Studienerfolgsquote"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4478 vom 26.11.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4987 des WK vom 03.12.2014
4. Beschluss des Plenums 17/5263 vom 11.02.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Bernd Kränzle, Robert Brannekämper, Michael Brückner, Alex Dorow, Dr. Thomas Goppel, Dr. Gerhard Hopp, Michaela Kaniber, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal** und **Fraktion (CSU)**

Verbesserung der Studienerfolgsquote

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel

- über ihre laufenden Aktivitäten zur weiteren Verbesserung der Studienerfolgsquote an den bayerischen Hochschulen bis Ende 2015 zu berichten;
- die Datenbasis zur Bestimmung der Studienerfolgsquote im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter zu verbessern, etwa durch Aufbau eines bayernweiten Monitoring und Berichtswesens, in das die für den Studienerfolg einschlägigen Daten einfließen, über welche die bayerischen Hochschulen schon jetzt verfügen;
- auf Bundesebene die Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes voranzutreiben, damit die Hochschulplanung so bald als möglich über eine brauchbare und gleichwohl den Anforderungen zeitgemäßen Datenschutzes gerecht werdende Studienverlaufsstatistik verfügt;
- zu prüfen, mit welchen Maßnahmen der Übergang von Schule zum Studium so ausgestaltet werden könnte, dass die Schulabgänger ein noch besser aufeinander abgestimmtes Beratungsangebot erhalten;
- zu prüfen, wie die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie dabei unterstützt werden können, künftig die Studieneingangsphase noch flexibler zu gestalten und insbesondere das Instrument der Modulstudien verstärkt zu nutzen, um unentschlossenen Schulabgängern oder Hochschulneulingen die Möglichkeit zu bieten, ohne Zeitverlust echte Studienerfahrungen sammeln können.

Begründung:

Die Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst des Landtages hat ergeben, dass die derzeitige Datenbasis für eine exakte Berechnung von Studienerfolgsquoten in Bayern und Deutschland nicht ausreicht. Ein direkter Ausweis des Anteils der erfolgreich Studierenden aus dem gelieferten Datenmaterial der Hochschulen ist derzeit nicht möglich, da die amtliche Statistik nicht die erforderlichen Merkmale zum Studienverlauf enthält. Mit den vorhandenen Daten können derzeit nur „Schwundquoten“ pro Hochschule ermittelt werden. Infolgedessen fließen zum Beispiel Studienfachwechsler ebenso in die Schwundquote ein wie Studierende, die ihre Hochschule bzw. ihren Studienort wechseln.

Die Einführung einer Studienverlaufsstatistik, die nur durch eine Reform des Hochschulstatistikgesetzes möglich ist, wäre ein geeignetes Mittel, um die für die weitere Hochschulplanung in Bayern dringend benötigten Daten zu liefern.

Auch die Ergebnisse der gemeinsamen Konferenz der Wissenschaftsminister, bei der die Staatsregierung an führender Stelle mit dafür gesorgt hat, dass die Pakte nun verlängert werden können, belegen einmal mehr die Wichtigkeit einer fundierten Datenbasis zur Ermittlung des Studienerfolgs. Unter anderem hat die Konferenz nämlich beschlossen, dass zehn Prozent der Mittel des Hochschulpakts in Maßnahmen zur Verbesserung der Studienerfolgsquote investiert werden sollen.

Verschiedene Experten der Anhörung mahnten eine bessere Vernetzung der von unterschiedlichsten Stellen angebotenen Beratungsangebote vor allem am Übergang von der Schule zum Studium an.

Auch haben mehrere Fachleute die positive Lenkungswirkung von Schnupperstudien betont, weil die Jungstudierenden hier nicht nur virtuell, sondern real erfahren können, was sie im Studium erwartet und welche Kenntnisse dort vorausgesetzt werden.

nen Jahren vorbildlich gezeigt, wie man gegen schwarze Kassen, gegen Korruption und Untreue in Unternehmen effektiv vorgeht. Gegen die schuldhaft handelnden Personen wurden Strafverfahren geführt. Gegen die Unternehmen wurden Geldbußen von über 1 Milliarde Euro nach dem Ordnungswidrigkeitenrecht verhängt und dabei vor allem zu Unrecht vereinnahmte Gewinne abgeschöpft. Wir haben ein effektives Instrumentarium. Man sollte sich aber genau überlegen, ob man mit der Einführung eines Unternehmensstrafrechts in Deutschland die Büchse der Pandora öffnet.

Herr Kollege Schindler, Sie haben mich mit Ihren Ausführungen durchaus bestätigt. Auch ich sehe die Gefahr, dass es selbst bei Betrugs- und Untreue-Taten mit mehrstelligen Millionenschäden nicht mehr zu individuellen Strafverfolgungen kommt, weil es in der Tat komplexe Vorgänge sind und sich scheinbar die Möglichkeit eines leichteren Weges der Strafverfolgung von Unternehmen ergibt, wenn wir ein solches Verbandsstrafrecht einführen würden. Aber das wäre der falsche Weg.

Am Ende bleibt es bei einer Einstellung gegen Zahlung in Milliardenhöhe aus der Unternehmenskasse. Das heißt, die schuldhaften Täter kämen davon, das handlungs- und schuldunfähige Unternehmen würde bestraft. Damit werden vor allem Unbeteiligte bestraft, die die Normverletzung nicht begangen haben und nicht verhindern konnten. Liebe Genossen von der SPD, damit meine ich natürlich nicht in erster Linie die Aktionäre und ihre ausbleibenden Dividenden, sondern vielmehr werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Verbraucher betroffen sein; denn sie müssen am Ende durch einen Lohnverzicht oder durch Preissteigerungen die Zeche zahlen. Schlimmstenfalls führt es zur Aufhebung oder Liquidation eines Unternehmens, wenn man den Weg zu einem Verbandsstrafrecht weitergeht. Das heißt, die Arbeitnehmer wären letztlich die Betroffenen.

Das Unternehmensstrafrecht ist ein absolutes No-Go. Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts wäre ein Verfassungsbruch und wird deshalb von der Bayerischen Staatsregierung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit dieser rechtsstaatliche Irrläufer nicht ins Bundesgesetzblatt kommt. Sollte einmal ein Vorschlag wie der von Nordrhein-Westfalen mehrheitsfähig werden – auch das kann ich bereits ankündigen –, werden wir diesen Vorschlag sehr genau in den Blick nehmen und prüfen, ob wir dann gegebenenfalls mit einem abstrakten Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht dagegen vorgehen. Der Gang nach Karlsruhe wäre dann eine echte Option. Gott sei Dank sind wir im Vorfeld nicht in einer solchen Situation. Ich hoffe nicht, dass sie eintritt. Wir

werden auf jeden Fall alles tun, was uns möglich ist, um diesen Irrweg so schnell wie möglich aus der Diskussion zu verdrängen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/4471 betreffend "Geltendes Recht konsequent anwenden und fortentwickeln – Gegen die Einführung eines Unternehmensstrafrechts" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/4472 bis 17/4475, 17/4477 und 17/4478 sowie die Drucksachen 17/4498 bis 17/4501 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Da ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Erreichung der Klimaschutzziele durch Reduktion der Kohleverstromung", Drucksache 17/4470. Mit Ja haben 61, mit Nein haben 73 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Da ist ferner der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien – Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen", Drucksache 17/4497. Mit Ja haben 12, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: drei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)**
Drs. 17/4478

Verbesserung der Studienerfolgsquote

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Schlusspunkt im letzten Spiegelstrich durch einen Strichpunkt ersetzt wird und folgender Spiegelstrich angefügt wird:

„- zu prüfen, inwieweit Eignungsfeststellungsverfahren und Self-Assessments in den Grenzen der Berufs- und Berufswahlfreiheit geeignet sein können, die Studienerfolgsquote zu verbessern.“

Berichtersteller: **Oliver Jörg**
Mitberichtersteller: **Prof. Dr. Michael Piazolo**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 22. Sitzung am 3. Dezember 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: 1 Zustimmung, 1 Enthaltung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Bernd Kränzle, Robert Brannekämper, Michael Brückner, Alex Dorow, Dr. Thomas Goppel, Dr. Gerhard Hopp, Michaela Kaniber, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/4478, 17/4987

Verbesserung der Studienerfolgsquote

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel

- über ihre laufenden Aktivitäten zur weiteren Verbesserung der Studienerfolgsquote an den bayerischen Hochschulen bis Ende 2015 zu berichten;
- die Datenbasis zur Bestimmung der Studienerfolgsquote im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter zu verbessern, etwa durch Aufbau eines bayernweiten Monitoring und Berichtswesens, in das die

für den Studienerfolg einschlägigen Daten einfließen, über welche die bayerischen Hochschulen schon jetzt verfügen;

- auf Bundesebene die Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes voranzutreiben, damit die Hochschulplanung so bald als möglich über eine brauchbare und gleichwohl den Anforderungen zeitgemäßen Datenschutzes gerecht werdende Studienverlaufsstatistik verfügt;
- zu prüfen, mit welchen Maßnahmen der Übergang von Schule zum Studium so ausgestaltet werden könnte, dass die Schulabgänger ein noch besser aufeinander abgestimmtes Beratungsangebot erhalten;
- zu prüfen, wie die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie dabei unterstützt werden können, künftig die Studieneingangsphase noch flexibler zu gestalten und insbesondere das Instrument der Modulstudien verstärkt zu nutzen, um unentschlossenen Schulabgängern oder Hochschulneulingen die Möglichkeit zu bieten, ohne Zeitverlust echte Studienerfahrungen sammeln können;
- zu prüfen, inwieweit Eignungsfeststellungsverfahren und Self-Assessments in den Grenzen der Berufs- und Berufswahlfreiheit geeignet sein können, die Studienerfolgsquote zu verbessern.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungsstreitigkeiten und den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 31. Juli 2014
 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09, 1 BvR 3187/10 betreffend
 Verfassungsbeschwerden
 gegen
 Art. 33 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie Art. 38 Abs. 3 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (BayPAG) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vom 3. Juli 2008 (Bay. GVBl. S. 365)
 gegen
 § 22a des Polizeigesetzes (PolG) des Landes Baden-Württemberg, eingeführt durch Gesetz vom 18. November 2008 (GBl. BW S. 390)
 gegen
 1. § 14a des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 635),
 2. § 22 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I S. 635)
 PII/G-1320.10-0008
 Drs. 17/5155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. November 2014 (VF. 14-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 bis 5 und des Art. 83 Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 17. November 2014 (GVBl S. 478)
PII/G-1310.14-0012
Drs. 17/5156 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2014 (Vf. 16-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 „An der Münchner Straße“ der Gemeinde Gmund am Tegernsee vom 20. Mai 2014
P II/G1310.14-0014
Drs. 17/5157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Dezember 2014 (Vf. 17-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 30 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 230, BayRS 2030-1-2-K), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), soweit diese Vorschrift auf Art. 27 Abs. 1 Satz Nr. 2 BayHSchPG verweist
P II/G1310.14-0015
Drs. 17/5159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökolandbau an bayerischen Justizvollzugsanstalten
Drs. 17/3205, 17/5091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ermittlungsverfahren gegen LKA-Beamte und BR-Reporter
Drs. 17/3208, 17/5092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschafts- und Hochschulstandort „Auf AEG“
Drs. 17/3592, 17/4984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen
Drs. 17/3824, 17/5087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berglandschaft – Schutz durch Nutzung: Investitionsförderung mit Berücksichtigung naturräumlicher Benachteiligungen
Drs. 17/3978, 17/5132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Judith Gerlach u.a. CSU
Konkretisierung der zuschussfähigen Kosten für Kinderhospize
Drs. 17/4201, 17/5093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?
Drs. 17/4203, 17/4985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubssperren
Drs. 17/4315, 17/5086 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ablagerung von Bauschutt im Bergwald bei Schliersee
Drs. 17/4318, 17/5127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD
Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung der Parlamente der Länder
Drs. 17/4320, 17/4994 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Hofabgabeklausel reformieren-Benachteiligungen für Landwirtinnen und
Landwirte endlich beseitigen
Drs. 17/4350, 17/5131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Reisprodukte sicherer machen
Drs. 17/4398, 17/5129 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Probleme in der Pflege beheben – Best-Practice-Beispiele für die
Entbürokratisierung der Pflegedokumentation darstellen
Drs. 17/4399, 17/5094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU
Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderung –
Ausstattung von Veranstaltungsräumen mit Induktionsanlagen
Drs. 17/4432, 17/4986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Gebietsbetreuung fortführen
Drs. 17/4443, 17/5130 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Verbesserung der Studienerfolgsquote
Drs. 17/4478, 17/4987 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.